

## **Ansprache Roman Herzog**

### **Preisverleihung der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung**

**12. Oktober 2003**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

als Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung möchte auch ich es nicht unterlassen, Sie sehr herzlich in diesem Saal zu begrüßen und mich darüber zu freuen, daß von den drei Preisträgern des Jahres 2003 wenigstens zwei unter uns sein können, Otmar Issing und Johan Norberg.

Friedrich August von Hayek, dessen Namen unsere Stiftung trägt und dessen Namen sie auch im öffentlichen Bewußtsein wach halten will, war, jedenfalls gemeinhin gesehen, kein Anhänger der sozialen Marktwirtschaft, die wir in Deutschland auf unsere Fahnen geschrieben haben und die wir bis heute zu verteidigen beabsichtigen.

Aber ich glaube doch, daß er uns eine Menge zu sagen hat – gerade für die Zeit, die vor uns liegt, und für die Entscheidungen, die wir zu treffen haben. Es ist immer noch überaus hilfreich, die Dinge mit seinen Augen zu sehen, auch wenn man ihm nicht in allen Punkten ausschließlich folgt.

Es ist nicht möglich, die Marktwirtschaft und das Soziale überhaupt voneinander zu trennen. In einer funktionierenden Marktwirtschaft existiert ein hoher Beschäftigungsgrad, und ein hoher Beschäftigungsgrad ist das Sozialste, was man sich vorstellen kann.

Der Markt führt zu privatem Wohlstand. Dabei sollten wir nicht immer nur an die Arbeitnehmer denken, meine Damen und Herren; bei den Unternehmern ist es genauso. In einem funktionierenden Markt gibt es sehr viele private Unternehmer, und jeder Unternehmer hat ebenfalls die Chance, am Wohlstand teilzuhaben. Außerdem ist jeder Unternehmer ein Element des Machtausgleichs innerhalb der Wirtschaft und damit in der Tat auch etwas, was man mit der Vokabel „sozial“ überschreiben kann.

Dazu kommt – wir haben es in den vergangenen Jahrzehnten erlebt und mittlerweile wirklich übertrieben – die Möglichkeit öffentlichen Wohlstands, die ein funktionierender Markt bietet. Denken Sie dabei an alles, was man gesellschaftliche Infrastruktur nennen könnte: das Straßenwesen, die Kliniken, die Schulen, die Universitäten, die sonstigen Bildungseinrichtungen. Diese Infrastruktur hat die Wirtschaft, mediatisiert durch den Staat, bisher getragen und wird sie zu einem erheblichen Teil auch weiter tragen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch die Bemerkung, daß es mir stets als völlig absurd erschienen ist,

daß die linken Parteien der Marktwirtschaft vorgeworfen haben, sie schaffe keine Chancengleichheit. Diese aber bietet die Marktwirtschaft und das gesamte freiheitliche Gesellschaftssystem dem einzelnen Bürger. Es ist in der Tat so, daß auch in der Marktwirtschaft Chancen verteilt werden müssen. Doch das Ausmaß staatlicher Leistungen, an das wir uns heute als öffentliche Ausstattung gewöhnt haben und bei dem wir sofort protestieren, wenn es etwas zurückgefahren werden muß, geht weit über die Schaffung von Chancengleichheit hinaus. Wir haben heute einen breiten, möglicherweise zu breiten Sockel an öffentlichen Angeboten. Statt Chancengleichheit streben wir effektive Gleichheit an.

Ich habe nie verstanden, warum die bürgerlichen Parteien es zuließen, daß das Konzept der Chancengleichheit so verwässert wurde. Dazu bestand überhaupt kein Anlaß. Schließlich kann aus privatem Wohlstand immer auch öffentlicher Wohlstand werden. Wir haben zwar keine Stiftungskultur, wie wir sie aus den Vereinigten Staaten von Amerika oder auch aus Großbritannien kennen. Eine Ursache dafür besteht möglicherweise darin, daß wir im letzten Jahrhundert zweimal unser gesamtes Volksvermögen und damit auch unseren Wohlstand vernichtet haben. Aber inzwischen entwickelt sich auch in Deutschland die Stiftungskultur wieder; auch das ist eine soziale Folge unserer Marktwirtschaft.

Zwar ist es hilfreich, dies alles bei der theoretischen Analyse der Funktionsweise des Marktes auszuklammern. Aber man tut nicht gut daran, es auch als denkbare Folge der Marktwirtschaft auszuklammern. Vielmehr muß man die positiven gesellschaftlichen Folgen des Marktes und der Marktwirtschaft immer vor Augen haben. Und gerade auf diese Folgen kommt es den handelnden und auch den gehandelt habenden Politikern besonders an.

Aber betrachten wir das, was wir – ziemlich kurzsichtig und kurzfristig – als „sozial“ bezeichnen. Innerhalb des Marktes sind es vor allem der Beschäftigungsgrad sowie die Höhe und die Struktur der Löhne, die wir anhand des Kriteriums „sozial“ bewerten. Geht man einen Schritt weiter und blickt hinter diese Dinge, so kommt man zu den staatlichen Abschöpfungen durch Steuern und Sozialbeiträge.

Es geht mir, meine Damen und Herren, nicht nur darum, was man gemeinhin als soziale Gerechtigkeit bezeichnet; soziale Gerechtigkeit ist übrigens ein sehr unbestimmter Begriff. Es geht mir auch und vor allem um die Selbstachtung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems überhaupt. Ich möchte in keiner Gesellschaft leben, in der Leute in großer Anzahl wirtschaftlich unter die Räder kommen.

Und es geht letzten Endes auch um die Akzeptanz unseres Gesellschaftssystems. Hat die große Mehrheit unserer Mitbürger Verständnis für dieses System und ist sie bereit, in diesem System zu leben und sich zu ihm zu bekennen? Wenn

wir heute über die Marktwirtschaft und ihren Reformbedarf, über unsere freiheitliche Gesellschaft und ihren Reformbedarf sprechen, dann geht es auch um die Selbsterhaltung unseres Gesellschaftssystems. Man muß das in aller Offenheit aussprechen.

Nur – und damit komme ich wieder zu Hayek zurück – auch der sozialste Vertreter einer sozialen Marktwirtschaft muß immer darauf achten, daß die „Maschine“ Markt funktionsfähig ist und es auch bleibt. Das ist entscheidend für die Fragen, die in den kommenden Wochen und Monaten und sicher auch noch in den folgenden Jahren anstehen und gelöst werden müssen. Freiheit ist wichtig. Aber wichtig ist auch die Frage, wie wir die Freiheit nutzen. Wieweit ist die Freiheit, die unser System gewährt, noch konstruktiv, und wieweit ist sie es nicht mehr? Eine Spaßgesellschaft ist vordergründig etwas Wunderschönes, aber eine Spaßgesellschaft ist nicht konstruktiv. Wo sind die Kräfte, die moralischen, aber auch die intellektuellen Kräfte, die das System weiterentwickeln und weiterführen? Was ist eine noch akzeptable Staatsquote, und wo ist sie überschritten?

Es geht hier letzten Endes um die Freiheit insgesamt. Wer zuläßt, daß die Staatsquote zu hoch wird, der schränkt diese Freiheit ein – und zwar auch die Freiheit, die produktiv ist. Ich will mich an dieser Stelle nicht auf eine konkrete Zahl festlegen, aber ich halte die augenblickliche Staatsquote eindeutig für zu hoch. Gleiches gilt auch für den Bereich der Normen und

Vorschriften. Wo sorgen diese für die notwendige Ordnung im System, wo verhüten sie Gefahren, und wo ersticken sie dagegen den Markt und die Eigeninitiative? Und nicht zuletzt: Wo gewähren sie dem, der zu feige ist, Initiative zu entfalten, eine billige Ausrede? Das muß man auch im Hinblick auf manche unserer Unternehmer deutlich sagen.

Für all das ist uns in den letzten Jahrzehnten in Deutschland das Gefühl verlorengegangen. Brauchen wir wirklich alles, wofür wir öffentliche Gelder ausgeben? Darüber wird bei uns nicht ausreichend diskutiert. Wenn das Geld fehlt, dann denken unsere Politiker, aber auch die Medien vorrangig nur in zwei Kategorien: Zum einen, wo können wir die Steuern erhöhen, und zum anderen, ist es vielleicht nicht doch einfacher, zusätzliche Kredite aufzunehmen?

Dabei gibt es noch zwei andere Lösungsmöglichkeiten, die wir auch bei Friedrich August von Hayek lernen können. Die erste Möglichkeit besteht darin, weniger Geld ausgeben. Ich maße mir an – allerdings nicht mit einer 30-köpfigen Kommission – aus jedem Bundes- oder Landeshaushalt zehn Prozent der Ausgaben herausstreichen zu können; dafür bräuchte man nicht einmal die Berichte und Gutachten des Bundes der Steuerzahler. Die zweite Möglichkeit, zugegebenermaßen eine schwierige, betrifft die Gradzahlen bei der Verteilung des Kuchens. Anstatt den vorhandenen Kuchen immer wieder neu umzuverteilen, dem einen etwas mehr und dem anderen etwas weniger zu geben, wäre die richtige Methode doch, den Kuchen

größer zu machen. Und das heißt nichts anderes, als den Marktmechanismus freier als heute wirken zu lassen. Das gelingt zum Beispiel, indem man einen beträchtlichen Teil der bürokratischen Vorschriften abschafft oder indem man Verwaltungsverfahren etwa dadurch verkürzt, daß eine Behörde, die sich nicht innerhalb von zwei Wochen meldet, einem Genehmigungsantrag automatisch zugestimmt hat. Das funktioniert nicht bei Kernkraftwerken, aber in nahezu unendlich vielen anderen Fällen bestehen solche effizienzsteigernden Vereinfachungsmöglichkeiten. Zwar würden sich die Beamten zunächst beklagen, aber bald würden sie merken, daß sie weniger arbeiten müßten.

Meine Damen und Herren, wir sollten diese beiden Wege gehen: erstens weniger Geld ausgeben und zweitens den Markt wieder in Gang setzen, damit der Kuchen nicht anders verteilt werden muß, sondern damit er größer wird.

Seit vier Jahrzehnten, in denen ich mich mit der sozialen Marktwirtschaft befaßt habe, bin ich einer ihrer Anhänger. Doch in diesen Jahrzehnten haben wir nie wirklich diskutiert, warum und bis zu welchem Grad sie sozial ist, ob das, was wir an sozialem Ausgleich und Umverteilung haben, zu wenig ist, ausreicht oder zuviel ist. In Zeiten von hohen Zuwachsraten war das auch nicht nötig. In Zeiten wie heute dagegen, in denen das Wirtschaftswachstum geringer ausfällt, in denen die „Maschine“ Marktwirtschaft nicht richtig läuft, ist es wichtig, hierüber nachzudenken. Vielleicht habe ich ja noch einige Jahre

zu leben und sterbe in dem Bewußtsein, besser zu wissen, was das Soziale an der sozialen Marktwirtschaft ist, als das bei mir heute der Fall ist.